

Halberstädter Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)
Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Porto, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erhöht unregelmäßig sechs- und zwölfmal, mit Ausnahme der Sommer- und Winterferien. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von mittleren Botsen und Agenturen entgegengenommen. Redaktion: Wernigerode, Domplatz 48. Fernruf 2514. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Biele, G. m. b. H. Verantw. für Inhalt: Wernigerode, Domplatz 48, Fernruf 2513. Postamt: Wernigerode, Postfach 12. Abonnementpreis: jährlich 2 Mark. Einzelhefte 15 Pfennig. Inland: Halberstadt, Postfach 12. Ausland: Wernigerode, Postfach 12.

Anzeigenpreis die achtspaltige Zeile pro Tag. Bei Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Fernsprechanzeige 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgesehen ist der bei Bestellungen vorliegende letzte Kurs. Bei Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Geringfügigkeit übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2513). Postfach 12, Wernigerode 4826 und Volkshausanbahnung (Seigerode) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 71

Montag, den 24. März 1930

5. Jahrgang

Realpolitik?

Rückblick auf den Mannheimer Parteitag der Deutschen Volkspartei

Reiner der Mannheimer Tagung der Deutschen Volkspartei seien sehr bestimmt eine Entfaltung der Wirtschaft durch Steuerentlastung verlangt, dazu auch einen Abbau der Arbeitslosenversicherung. Die dazu gefassten Beschlüsse lassen jedoch eine Kompromißbereitschaft durchblicken; einwärtig sieht es so aus, als ob in Mannheim die Türen nicht verschlossen worden sind.

trums sich um den Nachweis bemüht, daß der Vorstoß seiner Freunde doch gewisse Erfolge erzielt habe. Darüber mit ihm zu streiten, hat umso weniger Sinn, als ja auch die Sozialdemokratische Partei durchaus der Meinung war, daß die Verhandlungen über die Finanzreform nicht abgebrochen werden dürfen. Die Sozialdemokratie hat bereit sein, an den Beschlüssen teilzunehmen, die den Zweck haben, ein Einheitsprogramm, das zur Not der Unterstützung der Deutschen Volkspartei ertraten könne, aufzustellen. Zeitlich sind auch alle diese Dinge in den Hintergrund getreten vor der Frage, ob nach dem Mannheimer Parteitag der Deutschen Volkspartei gefassten wird, mit ihr gemeinsam zu einer Einigung zu kommen.

Interessant ist daran, daß Dr. Schulz nicht in den rauen Tönen des Befehls sprach, die man von ihm gewohnt ist. Aus seiner Rede klingt noch heraus, als fühle er jetzt größere Verantwortung und sogar die Fußstapfen Stresemanns. Er ruft zur Sammlung der bürgerlichen Parteien, aber mit dem Jubel: Realpolitik sei nötig, und dazu gehörte unter Umständen die Koalition mit der Sozialdemokratie.

Einwärtig sieht es so aus, als ob in Mannheim die Türen nicht verschlossen worden sind und als ob die wilden Männer dort nicht die Oberhand gewonnen haben. In diesem Falle müßte natürlich die

Die Genfer Handelskonvention.

Am Montag nachmittag soll die Unterzeichnung des Handelsvertragsabkommens der Wirtschaftskonferenz stattfinden. Das Abkommen hat offiziell den Namen Handelskonvention erhalten.

Die sich bei der befristeten Geltung des Abkommens am Sonnabend ergab, daß nicht nur Ungarn und Spanien ausdrücklich den Beitritt ablehnten, sondern auch die meisten anderen Staaten mitteilten, daß ihre Unterzeichnung und Ratifikation zu mindest vorläufig zweifelhaft sei, stellte der französische Handelsminister den Antrag, für Anfang November eine Konferenz der Staaten einzuberufen, die das Abkommen unterzeichnet haben. Diese Konferenz sollte die Beitritt der Antragsstaaten des Abkommens festlegen, eine Liste der Staaten aufstellen, deren Teilnahme für das Inkrafttreten erforderlich ist und Anträge der Staaten, die noch nicht ratifiziert haben, auf Beitritt entgegenzunehmen und prüfen.

Die wichtigste Inhalt der Konvention, welche fünfzehn Artikel, zwölf Protokoll-Paragrafen und einen Schlußsatz enthält, läßt sich nun wie folgt zusammenfassen:

Sozialdemokratie und Agrarfrage.

Düsseldorf, 24. März. (Eig. Fernm.) Auf dem Bezirksparteitag der SPD, Niedererhein führte am Sonntag der sozialdemokratische Parteivorsitzende Dr. Paul Herz u. a. aus, daß die landwirtschaftliche Weltwirtschaft eine Krise durchläuft. Es liegt im Interesse des Arbeiters als Produzenten, die Landwirtschaft kraftig für seine Produkte zu fördern.

Frankreich und der Youngplan.

Paris, 24. März. (Eig. Draht.) Die Republikaner machen immer weniger einen Hehl daraus, daß sie nur deshalb für den Youngplan zu stimmen bereit sind, weil sie dadurch eine liberale Regierung im Götterhimmel hätten. Die Linke, namentlich die Partei der bürgerlichen Radikalen, aber hat sich durch die bösartigen Mißbräuche und Bedrohungen der Reaktion, die ihre Mitarbeit am Youngplan als ein Verwirrungsversuch für Zardieu ausbeuten wollte, so sehr in Harnisch bringen lassen, daß sie heute die Ratifizierungsbedeutung zu erkennen geben, obwohl sie im Youngplan mit Recht die Krönung ihrer seit über vier Jahren konsequent durchgeführten Außenpolitik erblicken darf.

Die Wut auf Hindenburg.

Der Stahelhelm kündigt seinem Ehrenmitglied die Freundschaft. Der Bundesvorstand des „Stahelhelms“ hat in seiner Sitzung am Sonntag einen Beschluß gefaßt, in dem es unter anderem heißt: Wir erkennen die Annahme des Youngplanes und des deutsch-polnischen Abkommens abkommens durch den Reichstag nicht als für das deutsche Volk verpflichtend an. Wir sind entschlossen, jede politische Möglichkeit zu benutzen, um die Seiten der auf der Kriegsschuldfrage aufgegebenen „Verbandsverträge“ und aller aus ihnen abgeleiteten Verpflichtungen jedweder Art zu zerbrechen. Auch die Unterfertigung des Herrn Reichspräsidenten ändert an dieser Verpflichtung nichts. Dem Reichspräsidenten, der die Verantwortung für die Verwirklichung des deutschen Volkes auf Geschicklichkeit hinaus abgeben sich nehmen zu müssen, vermag das Frontsoldatengesetz (der Hofemann) und reklamierten Brüderberger) aus seinem Verantwortungsbereich heraus nicht zu folgen. Wir haben das Vertrauen verloren, daß eine Regierungsgemalt, die dem deutschen Volke die Freiheit wiederbringen wird, unter dem heutigen Eifer gelassen und getragen werden kann.

In der Kommission angenommen.

Paris, 24. März. (Eig. Fernm.) In den vereinigten Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten und für die Finanzen, die sich zuerst mit den Fragen zur Ratifizierung des Youngplanes befaßten, erklärte Ericand auf eine Frage des Abgeordneten Grambat (Soc.), daß die einzige Bedingung zur reifen Ratifizierung des Youngplans die Ratifizierung des Youngplanes durch Deutschland erfüllt sei und deshalb auch Frankreich alles Interesse daran habe, die Ratifizierung pünktlich bis zum 30. Juni zu vollziehen. Der Kriegsminister habe bereits jetzt alle Maßnahmen getroffen, damit die Ratifizierung bis zum 30. Juni durchgeführt sei. Zardieu ließ sich den Erklärungen. Es geht schließlich eine Frage der Bonität und die verlange die pünktliche Ratifizierung.

Ein Dreimächtepakt.

London, 24. März. (Eig. Fernm.) Macdonald ist entschlossen, in den nächsten Tagen in einer Erklärung der Gewerkschaften, einen letzten Versuch zur Verständigung zu machen. Auf welcher Basis dieser Versuch erfolgen wird, ist unbekannt. Sollte er jedoch erfolglos bleiben, so wird Großbritannien alle französischen Vorstöße auf Annahme verschiedener technischer Formeln,

über die man sich bisher geeinigt hat, ablehnen. Man wird nach und nach, einen anglo-amerikanisch-japanischen Pakt abzuschließen.

6. Gesa.
12. Dona.
18. Hana.
alles auf

Harzer Wochenblätter

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmönatlich 1 Mark einschließlich Wingerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Bezugszeit wöchentlich fest, und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2914. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Raul Weller, G. u. B. S. Verantwortl. für Inhalt u. Schriftl. Kurtz Wolfenbüttel, für den lokalen Teil Wilhelm Fiedermann, für Notizen u. Inserate Carl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 40 Pfennig. Kolonnenzeile 40 Pfennig, auswärts 60 Pfennig. Abgabensort ist der bei Bestimmung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Anfragen in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2919), Schriftleitung Wangerode 4626 und Volksbuchhandlung (Seigerwald) Wernigerode, Burgstraße 9.

Nr. 71

Montag, den 24. März 1930

5. Jahrgang

Realpolitik?

Rückblick auf den Mannheimer Parteitag der Deutschen Volkspartei

Reiner der Mannheimer Tagung der Deutschen Volkspartei hatten sehr bestimmt eine Entlohnung der Wirtschaft durch Steuererhöhung veranlaßt, dazu auch einen Abbruch der Arbeitslosenversicherung. Die dazu gefassten Beschlüsse lassen jedoch Kompromißbereitschaft durchblicken; einwilligen jedoch es so, als ob in Mannheim

die Taten nicht beschlossen worden sind.

Interessant ist daran, daß Dr. Schulz nicht in den rauen Tönen des Befehls sprach, die man von ihm gewohnt ist. Aus seiner Rede klingt noch heraus, als fühle er jetzt größere Verantwortung und sogar die Fußstapfen Stresemanns. Er ruft zur Sammlung der bürgerlichen Parteien, aber mit dem Jubel: Realpolitik sei nötig, und dazu gehöre unter Umständen die Koalition mit der Sozialdemokratie.

Bei Herr Schulz gahert, mit er jetzt preisgeben, mit was er Stresemann das Leben schwer gemacht hat, und will er Stresemanns Fische wendeln? In den nächsten Tagen gibt es die Probe.

Der Zentrumsabgeordnete des Reichstags Dr. Brüning hat vor dem rheinischen Parteitag des Zentrums die Politik, die die von ihm geführte Reichsregierung in den letzten Wochen getrieben hat, erklärt und zu rechtfertigen versucht. Seine Aufgabe war nicht ganz leicht, da die Forderung der Fraktion, es müßten die Finanzangelegenheiten der Volkspartei erledigt werden, nicht erfüllt werden ist und das Zentrum trotzdem schließlich den Saager Beschlüssen seine Zustimmung gegeben hat. Aber Herr Brüning hat wenigstens angedeutet.

Wie bringen notwendig die Realisierung des Youngplans unter finanzpolitischen und allgemeinen politischen Gesichtspunkten gemein ist. Eine Abweisung, so sagt er, würde innerlich von allen Werten den Ruin des größten Teiles unserer deutschen Wirtschaft herbeiführen. Nun, wenn dem so ist, so muß das Zentrum auch Verständnis für diejenigen besitzen, die die Berechtigung des von ihm aufgestellten Zentrums nicht anerkennen wollten.

Natürlich hat der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zen-

trums sich um den Nachweis bemüht, daß der Vorstoß seiner Freunde doch gewisse Erfolge erzielt habe. Darüber mit ihm zu streiten, hat wohl weniger Sinn, als ja auch die Sozialdemokratische Partei durchaus der Meinung war, daß die Verhandlungen über die Finanzreform nicht verzögert werden dürfen. Die Sozialdemokratie sei bereit, dann in den Besprechungen teilzunehmen, die den Zweck hatten, ein Einheitsprogramm, das zur Folge der Mitwirkung der Deutschen Volkspartei ertraten könne, aufzustellen. Jetzt sind auch alle diese Dinge in der Sitzung abgehandelt, aber der Frage, ob noch dem Mannheimer Parteitag der Deutschen Volkspartei gelangen wird, mit ihr gemeinsam zu einer Einigung zu kommen.

Einstweilen steht es so, als ob in Mannheim die Türen nicht verschlossen worden sind und als ob die wilden Ränder dort nicht die Oberhand gewonnen haben. In diesem Falle müssen natürlich die

Verständigungsverhandlungen sofort wieder aufgenommen werden, denn darüber, daß die Zeit drängt, besteht volle Einmütigkeit. Und auch darüber gibt es zwischen uns und dem Zentrum keine Meinungsverschiedenheit, daß alles Denkbare geschehen muß, um ein Abgreifen auf den Artikel 48 der Reichsverfassung zu verhindern. Nur dürfen eben der Sozialdemokratie keine Zugeständnisse zugewandt werden, die sie schließlich nicht machen kann. Die Grenzen, bis zu denen sie zu gehen vermag, sind in der letzten Zeit so oft festgelegt worden, daß sie in diesem Augenblick nicht einmal festzulegen zu werden brauchen.

Von der Reform der Arbeitslosenversicherung hat Herr Brüning, soweit sich das aus Briefberichten entnehmen läßt, in Köln nicht gesprochen. Wir hoffen aus diesem Schweigen den Schluß ziehen zu können, daß sich das Zentrum mit uns den Absichten der Deutschen Volkspartei widersetzen wird. Dieser gemeinsame Widerstand dürfte nicht ohne Einfluß auf die Volkspartei bleiben u. damit wäre dann wenigstens einmal eines der größten Hindernisse für eine Einigung aus dem Wege geräumt. Aber warten wir ab, was die nächsten Tage bringen werden.

über die man sich bisher geeinigt hat, abzusehen. Man wird dann vielleicht, einen anglo-amerikanisch-japanischen Pakt abzuschließen.

Sozialdemokratie und Agrarkrise.

Düsseldorf, 24. März. (Eig. Funke). Auf dem Parteitag der SPD, Wiederrang führte am Sonntag der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Seyd u. a. aus, daß die landwirtschaftliche Wirtschaft der Welt heute schwebt. Es liegt im Interesse des Arbeiters als Produzenten, die Landwirtschaft künftighin für seine Produkte zu machen.

Die Finanzkrise — so führte Seyd weiter aus — die Folge der schleichenden Finanzengpässe des Bürgerlohnens von 1924 bis 1928 ist, müßte baldigt behoben werden. Das dürfte aber niemals auf Kosten der sozialen Bewegung, insbesondere der für die deutsche Arbeiterschaft so unendlich wertvollen Arbeitslosenversicherung geschehen. Dem Verlangen der Volkspartei auf Einschränkung der Leistungen bei der Arbeitslosenversicherung werde von der Sozialdemokratie der schärfste Widerstand entgegengelegt werden.

Die Wut auf Hindenburg.

Der Stahlhelm kündigt seinem Ehrenmitglied die Freundschaft. Der Bundesvorstand des „Stahlhelms“ hat in seiner Sitzung am Sonntag einen Beschluß gefaßt, in dem es unter anderem heißt: „Wir erkennen die Annahme des Youngplans und des deutsch-polnischen Kreditabkommens durch den Reichstag nicht als für das deutsche Volk verpflichtend an. Wir sind entschlossen, jede politische Möglichkeit zu benutzen, um die Ketten der aus der Kriegsgeschichte aufgebauten „Friedensverträge“ und aller aus ihnen abgeleiteten Verpflichtungen jedweder Art zu zerbrechen. Auch die Unterschrift des Herrn Reichspräsidenten ändert an dieser Auffassung nichts. Dem Reichspräsidenten, der die Verantwortung für die Vertretung des deutschen Volkes auf Gefährlicher hinaus glaubt auf sich nehmen zu müssen, vermag das französische Angebot (der Hosenmütze und reklamierten Dreiecksberger) aus keinem Verantwortungsbewußtsein heraus nicht zu folgen. Wir haben das Vertrauen verloren, daß eine Regierungswahl, die dem deutschen Volke die Freiheit wiederbringen wird, unter dem heutigen System gelassener und getragen werden kann.“

Somax muß man aufpassen und niedriger hängen.

Ein Dreimächtepakt.

Macdonalds letzte Bemühungen auf der Flossenfront. London, 24. März. (Eig. Funke). Macdonald ist entschlossen, in den nächsten Tagen in einer Verhandlung mit der Sowjetregierung einen letzten Versuch zur Verständigung zu machen. Auf welcher Basis dieser Versuch erfolgen wird, ist unbekannt. Sollte er jedoch erfolglos bleiben, so wird Großbritannien alle französischen Vorschläge auf Annahme verschiedener technischer Formeln,

Frankreich und der Youngplan.

Gefährliches innenpolitisches Spiel.

Paris, 24. März. (Eig. Draht). Die Reichsparteien machen immer weniger einen Hehl daraus, daß sie nur deshalb für den

Die Genfer Handelskonvention.

Am Montag nachmittag soll die Unterzeichnung des Handelsvertragsabkommens der Wirtschaftskonferenz stattfinden. Das Abkommen hat offiziell den Namen Handelskonvention erhalten.

Da sich bei der endgültigen Fassung des Abkommens am Sonntagabend ergab, daß nicht mit Ungarn und Spanien ausdrücklich der Beitritt abzusehen, sondern auch die meisten anderen Staaten mitteilen, daß ihre Unterzeichnung und Ratifikation zu mindest vorläufig zweifelhaft sei, stellte der französische Handelsminister den Antrag, für Anfang November eine Konferenz der Staaten einzuberufen, die das Abkommen unterzeichnet haben. Diese Konferenz ist das Datum des Inkrafttretens des Abkommens festlegen, eine Liste der Staaten aufstellen, deren Teilnahme für das Inkrafttreten erforderlich ist und Anträge der Staaten, die noch nicht ratifiziert haben, auf Beitritt entgegenzunehmen und prüfen.

Eine Vorfrage des Präsidenten der Konferenz und eine Forderung der Industriestaaten untereinander hat ergeben, daß Dänemark, Belgien, England, Frankreich und Luxemburg bereit sind, das Abkommen zu unterzeichnen und trotz der Sinausgleichung der Entschädigung für das Inkrafttreten bis zum November bereit sind, ab sofort die Bestimmungen des Abkommens einzuhalten.

Der wichtigste Inhalt der Konvention, welche fünfzehn Artikel, zwölf Protokoll-Paragrafen und einen Schlußsatz enthält, läßt sich nun wie folgt zusammenfassen:

Die vertragsschließenden Staaten verpflichten sich, bis zum 1. April 1931 die Handelsverträge und Abkommen sowie alle damit zusammenhängenden Bestimmungen nicht zu ändern und diejenigen Verträge, welche in der Zwischenzeit abgeschlossen sind, bis zum gleichen Datum in Kraft zu lassen. Ausnahmen hiervon sind einzig für die Handelsverträge Österreichs mit der Tschechoslowakei und mit Ungarn und für denjenigen der Tschechoslowakei mit Ungarn vorgesehen sowie für Griechenland gegenüber solchen Ländern, welche in der Zwischenzeit Tabakmonopole eingeführt hatten. Die Bestimmungen der Handelsverträge, welche über den Erlass prozessualer Bestimmungen in zugestanden, jedoch soll man dabei im wesentlichen auf eine Herabsetzung der Zolltarife hinwirken. Bei Zollherabsetzungen, sei es der gebundenen Positionen durch Vertragserneuerungen oder der nicht gebundenen sogenannten autonomen Positionen, haben die anderen Staaten, welche sich dadurch geschädigt fühlen, das Recht, innerhalb zwei Monaten Einspruchserklärungen zu versenden, und führen diese in weiteren zwei Monaten zu keiner Verständigung, so kann der geschädigte fühlende Staat auf einen Monat die Konvention kündigen, und zwar sowohl nur gegenüber der vortrefflichen Staaten als auch im ganzen von der Konvention juristischer. Sämtliche Zollherabsetzungen müssen den anderen Staaten, wenn möglich 20 Tage vorher oder sonst im Zeitpunkt ihres Inkrafttretens, mitgeteilt werden. Ausgenommen hiervon sind diejenigen Zollpositionen, welche auf Grund von Handelsverträgen oder aus dringenden Umständen unmittelbar, d. h. sofort erhöht werden müssen. Für diese Zollherabsetzungen fällt die Verhandlungsverpflichtung gegenüber anderen Staaten weg, doch bleibt diesen das Recht zum Austritt aus der Konvention. Diese Ausnahme betrifft vor allem die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte gemäß den französischen Zwangsregeln, kann aber schloßfertiglich in der sehr bedauerlichen Stellung „britischer Länder“ auch für die Erhebung von anderen Zollpositionen angewandt werden, wenn man ja doch zur Genüge, daß die „dringende Notwendigkeit“ zur Begründung von Zollherabsetzungen in den Parlamenten zuzulassen nie fehlt.

Eine härtere Bindung als für die Zolltarif-Staaten enthält die Konvention für die im wesentlichen freihändlerischen Staaten (England, Holland, Dänemark, Norwegen und Schweden), deren Verpflichtung uneingeschränkt dahin geht, während der Dauer der Konvention keinerlei neue Schutzzölle einzuführen, noch die bestehenden zu erhöhen. Bei Erhebung der bestehenden oder Einführung neuer Schutzzölle dieser Länder, welche keinen protektionistischen Zweck haben dürfen, können die dadurch ernstlich sich geschädigt fühlenden Staaten mit einmonatiger Kündigungsfrist aus der Konvention austreten.

Von Bedeutung ist ferner die Verpflichtung, den bestehenden Zustand der Ein- und Ausfuhrerwerbe nicht zu verschlechtern (noble man nach dem Zustandkommen des deutsch-polnischen Handelsvertrages auch mit der polnischen Ratifizierung der Konvention für die gänzliche Beseitigung der Ein- und Ausfuhrerwerbe und Beschränkungen und deren Inkraftsetzung vor Ende Mai d. J. vorgeschrieben zu können hofft), sowie ein allgemeines moralisches Gebotnis der vertragsschließenden Staaten, die Konvention im Geiste einer lokalen Zusammenarbeit anzuwenden und alles zu vermeiden, was ihrem Zwecke zuwiderlaufen könnte.

Die Laufzeit der Konvention beginnt am 1. April und dauert ein eingangs ausgeführt, ein Jahr, bis 1. April 1931. Wird sie bis zum 1. Februar 1931 von niemand gekündigt, so verlängert sich die Konvention automatisch um je weitere sechs Monate, bis ein Staat zwei Monate vor dem Ablauftermin sie kündigt. Wird die Konvention von irgendeinem Staat gekündigt, so können auch die anderen Staaten mit einmonatiger Kündigungsfrist aus ihr austreten, oder aber sie können auch unter sich vereinbaren, in welcher Weise die Konvention weiterlaufen soll. Ein ähnliches Verfahren ist vorgesehen für das Inkrafttreten der Konvention, wenn sie bis zum 1. November d. J. nicht mindestens von den 12 Staaten ratifiziert ist, deren Unterzeichnung als erforderlich bezeichnet wird. Mit Zustimmung der vertragsschließenden Staaten kann jeder andere Staat der Konvention beitreten. Diejenigen Staaten, welche die Konvention unterzeichnen, sie aber bis zum 1. November nicht ratifizieren,